

# Die Aufhebung von Haupt- und Realschule

ist ein Schritt zur gemeinsamen Schule für alle

**Joachim Lohmann**

**Fünf Bundesländer haben die Haupt- und Realschule zugunsten der Gesamtschule aufgehoben.<sup>1</sup> Es gab Vorbehalte gegen diese schulorganisatorische Neuordnung aus dem Kreis der Gesamtschulanhänger. Diese befürchteten, dass die neu errichteten Schulen des gemeinsamen Lernens hinter den bestehenden Gesamtschulen in der Qualität zurückbleiben könnten und dass die Reform ein gesellschaftspolitischer Anlass sei, das Ziel der gemeinsamen Schule für alle aufzugeben. Doch die Reform ist ein struktureller sowie ein pädagogischer Erfolg.**

Die Reorganisation ersetzt die Hierarchie des Gymnasiums gegenüber der Haupt- und Realschule zugunsten einer Struktur der Gleichwertigkeit und Konkurrenz von Gesamtschule und Gymnasium.

Sie macht in den fünf Ländern die Gesamtschule zur Mehrheitsschule, die zu mehr qualifizierten Schulabschlüssen führt und soziale Benachteiligungen reduziert. Erstaunlicherweise ist Widerstand fast völlig ausgeblieben. Im Gegenteil: die Reorganisation findet breite gesellschaftliche und politische Unterstützung.

Das so entstandene 2-säulige Konkurrenzsystem ist nicht das Ende der Schul- und Bildungsreform. Das System ist nicht stabil, die verbleibenden Ungerechtigkeiten und sozialen Ungleichheiten führen zu Konflikten, denen sich die Politik nicht dauerhaft entziehen kann.

## Statt der beabsichtigten Preisgabe wird die Gesamtschule dominierende Kraft

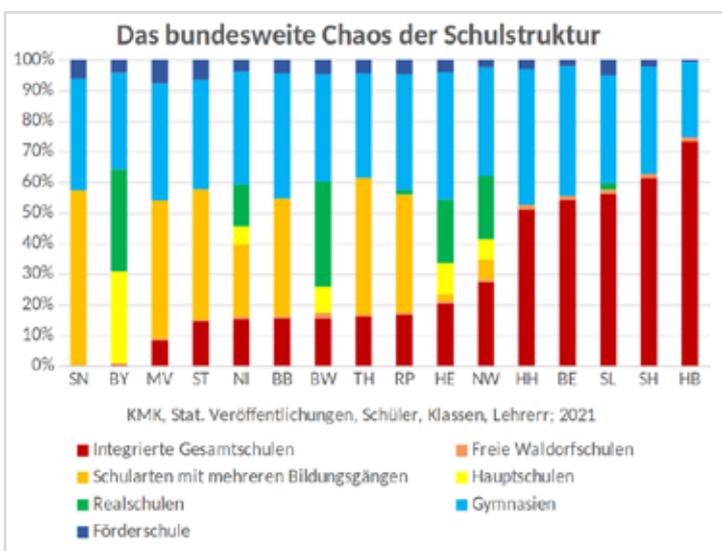
Fünf Bundesländer - Berlin, Bremen, Hamburg, Saarland und Schleswig-Holstein - ersetzen Haupt- und Realschule zugunsten der Gesamtschule. An die Stelle des hierarchischen, selektiven Schulsystems trat das 2-säulige Konkurrenzsystem mit Gymnasium und Gesamtschule.

Die Durchsetzung des Konkurrenzsystems ist ein Sieg. Der erwartete gesellschaftliche wie politische Widerstand blieb fast völlig aus, und die Reform setzte sich gegen eine einmütige Verabredung der Kultusminister durch.

Nur in Schleswig-Holstein strengte der Realschullehrerverband zusammen mit der FDP ein Volksbegehren gegen die Aufhebung von Haupt- und Realschule an, das schon an der ersten Hürde scheiterte. Stattdessen wurde die Reform in den Ländern von der CDU mitgetragen bzw. von ihr toleriert.

Noch erstaunlicher ist die Durchsetzung des Konkurrenzsystems in immerhin fünf Bundesländern wenige Jahre nach einer einmütigen Abmachung der Kultusminister. Diese hatten sich auf Grund des PISA-Schocks im Jahre 2002 auf ein Ende der Strukturreform festgelegt. Faktisch hätte diese Abmachung das längerfristige Ende der Gesamtschule bedeutet. Doch u.a. an der SPD-Parteibasis in Schleswig-Holstein und an dem Regierungsinteresse des Hamburger Bürgermeisters von Beust scheiterte die beabsichtigte Restauration.

Statt sie aufzugeben ist die Gesamtschule die Mehrheitsschule geworden. In diesen Bundesländern besuchen jeweils mehr Achtklässler die



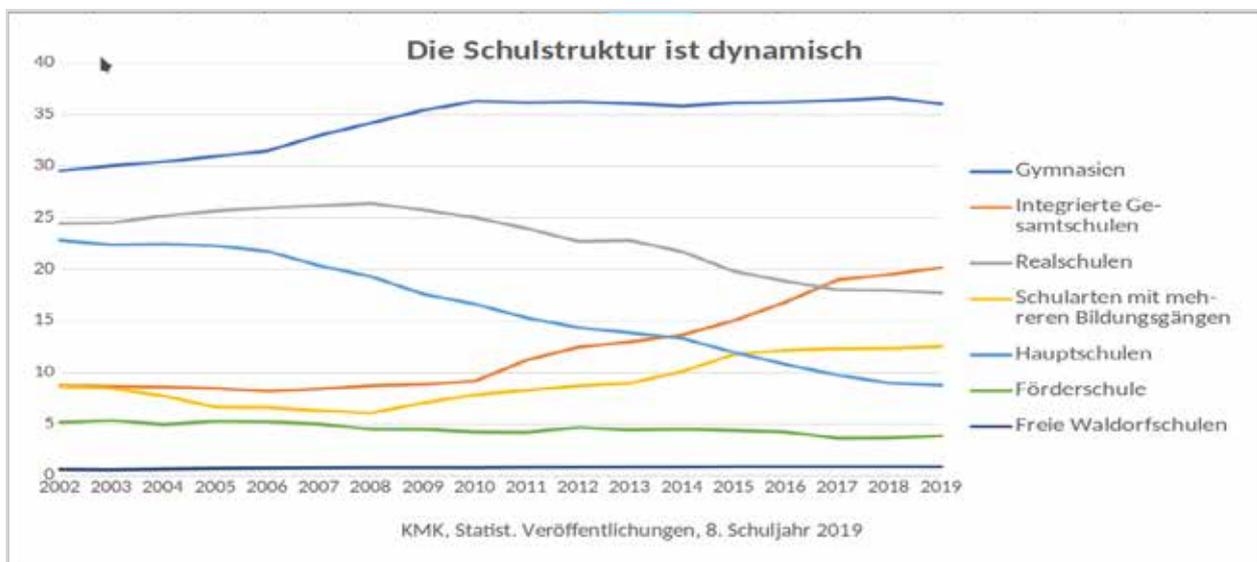
Gesamtschule als das Gymnasium, in Bremen sogar fast drei Viertel. Eine Aufhebung der Gesamtschule zugunsten einer dem Gymnasium untergeordneten Schulform ist vom Tisch, an der Gesamtschule wird sich niemand mehr vergreifen.

Das gilt selbst bundesweit. Denn zusätzlich zu den fünf Ländern haben auch Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen mit einer Strategie von unten die Gesamtschulen stark ausgebaut. Bundesweit stagniert der Besuch der 8. Klassenstufe der Gesamtschule nicht mehr wie jahrzehntelang bei gut 8 %, sondern liegt inzwischen bei fast

Das Urteil der Empiriker ist vorurteilsbeladen, oberflächlich und theorielos. Ob ein Schüler einen Abschluss erhält, hängt einzig davon ab, ob er die Mindeststandards erfüllt. Diese Standards sind für die Schulen und Schulformen im jeweiligen Bundesland gleich.

In Berlin

- erhielten an ehemaligen Hauptschulen statt früher knapp 2 % jetzt 30 % und
- an ehemaligen Realschulen statt vorher gut 30 % jetzt über 40 % eine Oberstufenberechtigung.



20 % eines Schülerjahrganges. Deutschlandweit ist die Gesamtschule zur zweitstärksten Schulform nach dem Gymnasium aufgestiegen, der Realschulbesuch geht zurück, und die Hauptschule wurde zur Restschule mit weniger als 10 % eines Jahrganges.

### Der Gesamtschulausbau ist ein Erfolg – den Interpretationen der Empiriker zuwider

Die Durchsetzung des Konkurrenzsystems ist in Berlin und Bremen empirisch begleitet worden. Die Empiriker interpretieren die Reform als erfolglos. Sie befürchten wegen der gestiegenen Abschlussquoten einen Niveauverlust. Für sie haben sich die Chancen sozial Benachteiligter nicht verbessert und die Schulleistungen seien nicht gestiegen.

In Bremen erreichten an den neu gebildeten Oberschulen gegenüber den früheren Sekundarschulen und Gesamtschulen 30 % mehr Schüler den mittleren Abschluss.

Das ist ein beachtlicher pädagogischer Erfolg und eine deutliche Verbesserung der Lebenschancen von Schüler\*innen. Die Zahlen belegen, wie abgeschlagen, wie unterlegen sich vor allem die Hauptschule, aber auch die Realschule gegenüber dem Gymnasium gefühlt haben, dass sie so wenige qualifizierte Abschlüsse vergeben haben. Sie zeigen andererseits, wie allein eine äußere Umstellung von unterprivilegierten Schulen auf die Gesamtschulen die Abschlussbarrieren sprengt.

Auch die soziale Bildungsbenachteiligung wird aufgebrochen. Infolge der Reform in Berlin

verdoppelte sich an den Nichtgymnasien die Quote der Jugendlichen mit Hauptschuleltern, die eine Oberstufenberechtigung erhielten – statt früher nur gut 10 % sind es jetzt gut 20 %.

Auch in Bremen stieg mit der Reform die Abiturientenquote. Sie erhöhte sich in der sozial privilegierten Hälfte der Stadtteile um 20 %, in der Hälfte der sozial benachteiligten Stadtteile stieg sie dagegen um gut 40 % – ein doppelt so starker Anstieg ist ein sozialpolitischer Durchbruch. Diesen Durchbruch als Begleitforscher nicht zu würdigen, ist beschämend.

Weiterhin unterstellen die Empiriker, dass das Hauptziel der Strukturreform die Leistungssteigerung sei und dass diese nicht erreicht wurde. Die letzte Aussage offenbart deren Theorielosigkeit. Denn die Umwandlung einer Schule in eine andere Schulform bewirkt unmittelbar noch keine Leistungssteigerung. Eine neue Schulform führt zu anderen Zielsetzungen, neuen Abschlüssen und anderen Erwartungen von Eltern, Schüler\*innen und Lehrkräften. Diese bewirken über kurz oder lang eine Veränderung des Bewusstseins. In deren Folge wandeln sich Einstellungen, Verhalten und Methoden, die dann Leistungen steigern. Diese Entwicklungen brauchen ihre Zeit. Leistungssteigerungen stattdessen schon in der ersten Phase der Umstrukturierung zu erwarten, ist theorielos.

Sie dagegen längerfristig zu erwarten, ist realistisch. Am überzeugendsten sind Vergleiche von Ländern, einerseits von Ländern, die wie Deutschland noch weiterhin hierarchisch-selektiv organisiert sind, und solchen Ländern, die seit langem die Integration durchgesetzt haben. PISA liefert diese Vergleiche alle drei Jahre. Sie ergeben äußerst enge Korrelationen zwischen dem Zeitpunkt der Auslese, der Anzahl von Schulformen und dem Umfang der sozialen Leistungsdiskriminierung. In Deutschland ist dieser Zusammenhang äußerst krass. Mithin ist zu erwarten, dass auch die Einführung des 2-säuligen Konkurrenzsystems nach einiger Zeit zu höheren Leistungen der sozial Benachteiligten führen wird.

### **Die Gesamtschulen ohne Oberstufe sind kaum konkurrenzfähig**

Einen entscheidenden Beitrag hat die Berliner Begleituntersuchung zur Gesamtschulorganisa-

tion geliefert – zur Konzeption von Gesamtschulen mit oder ohne Oberstufe.

Ergebnis ist, dass die Gesamtschulen ohne Oberstufe bei den Anmeldungen deutlich geringer angesehen sind. Im Verhältnis zu Gesamtschulen mit Oberstufe

- sind die Schulplätze um 40 % seltener nachgefragt,
- liegen die Grundschulnoten um 20 % und die kognitiven Fähigkeiten um gut 10 % niedriger,
- ist der Sozialindex um über 20 % geringer und der Migrantanteil fast doppelt so hoch.

Auffallend groß sind ebenso die Unterschiede bei den Leistungen und der Zugangsberechtigung zur Oberstufe. Die Differenzen zwischen den Gesamtschulen ohne und mit Oberstufe entsprechen weitgehend den ehemaligen Differenzen zwischen Haupt- und Realschule. Längerfristig sind die Gesamtschulen ohne Oberstufe gegenüber dem Gymnasium kaum konkurrenzfähig. Die Gesamtschulen benötigen grundsätzlich alle eine eigene Oberstufe.

### **Statt integrierter Sekundarstufe II die Klassenstruktur der Allgemein- wie der Berufsbildung überwinden**

Die Forderung nach Oberstufen für alle Gesamtschulen ist eine konzeptionelle Veränderung. Sie bedeutet die Aufgabe des Konzepts einer Berufs- und Allgemeinbildung integrierenden Sekundarstufe II.

Seit der Gesamtschulgründung bestand ein Widerspruch zwischen der Konzeption einer Stufengliederung und der Strategie, dass nur Gesamtschulen mit Oberstufe gegenüber den Gymnasien konkurrenzfähig seien. Bis zur teilweisen Durchsetzung des 2-säuligen Konkurrenzsystems hatte gut die Hälfte der Gesamtschulen keine Oberstufe, inzwischen ist der Anteil deutlich gestiegen.

Das Konzept einer Integration von Berufs- und Allgemeinbildung innerhalb der Sekundarstufe II ist inzwischen überholt. Es ist nicht realisierbar, es war zu klein gedacht, und es überwindet nicht die Klassenstrukturen sowohl der Allgemein- als auch der Berufsbildung.

Eine integrierte Sekundarstufe II bedeutet die Zusammenlegung aller gymnasialen Oberstufen in Oberstufenzentren. Die Abspaltung der Oberstufe vom grundständigen Gymnasium würde einen Protest der Gymnasialklientel auslösen, den keine Regierung überleben würde.

Zudem ist die integrierte Sekundarstufe II ein Konzept der 60er Jahre. Es war damals kaum vorzusehen, dass sowohl die gymnasiale Oberstufe als auch die Hochschule inzwischen die Ausbildungsstätte der Mehrheit ist. Dabei ist der Hochschulbesuch in Deutschland unterentwickelt, er ist einer der geringsten innerhalb der OECD. Faktisch hatte sich das Modell der integrierten Sekundarstufe II mit der Klassenstruktur bei der Allgemein- wie auch der Berufsbildung abgefunden. Doch diese ist nicht mehr hinnehmbar und ihre Überwindung wird denkbar.

So reicht angesichts der stark gewachsenen individuellen, gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen eine elementare Allgemeinbildung von nur neun oder zehn Schuljahren nicht mehr aus und beeinträchtigt zugleich erheblich den künftigen beruflichen und gesellschaftlichen Status des Einzelnen.

Die elementare Berufsausbildung innerhalb der Sekundarstufe II genügt ebenfalls nicht mehr angesichts der Globalisierung und der digitalen Revolution. Die postulierte Gleichwertigkeit der beruflichen und akademischen Bildung ist weder ökonomisch noch gesellschaftlich gegeben; sie ist eine öffentliche Irreführung. Zugleich bildet die duale Berufsausbildung nur noch einen Teil der Jugendlichen aus; denn sie schraubt die Einstellungsbedingungen in die Höhe. Insgesamt zeichnet sich der Aufstieg der Berufsausbildung in den Hochschulbereich ab.

### **Mit dem Konkurrenzsystem zur gemeinsamen Schule für alle**

Insgesamt ist das 2-säulige Konkurrenzsystem ein unvermeidbarer Zwischenschritt zur gemeinsamen Schule für alle. Er ist auf anderen Wegen erreichbar, er ist – wie fast alle Zwischenschritte – umstritten, weil mit jeder erreichten Verbesserung befürchtet wird, dass Gesellschaft und Politik das umfassende Ziel aufgeben könnten.

Doch das Konkurrenzsystem beruht auf Ungerechtigkeit und Ungleichheit, es führt zu Kon-

flikten, und die Politik wird sich auf Grund des gesellschaftlichen Druckes dazu entschließen, das Konkurrenzsystem zugunsten der gemeinsamen Schule für alle zu überwinden. Es gab in Deutschland wie in anderen Ländern viele weitgehend gleichwertige, miteinander konkurrierende Schulformen, die sich fast alle nicht gehalten haben.

Der Zwischenschritt ist aber unvermeidbar. Denn kein Bundesland wird wagen, die Gymnasien zu integrieren, bevor nicht die Nichtgymnasien belegt haben, dass sie erfolgreich sehr viele ihrer Schüler\*innen zum Abitur führen können. Vielmehr werden Schulen mit niedrigeren Abschlusszielen von den Gymnasien als Beleg für die Leistungsunterschiede von Schüler\*innen herhalten, die einem gemeinsamen Unterricht unüberwindlich entgegenstünden. Nur wenn die Gesamtschule die einzige Alternative zum Gymnasium ist, lässt sich gesellschaftspolitisch der Nachweis führen, dass praktisch alle Jugendlichen qualifizierbar sind.

Das Zwischenziel des 2-säuligen Konkurrenzsystems ist nicht nur – wie in den fünf Bundesländern – durch eine Reform von oben realisierbar, sondern im beachtlichen Umfang auch dadurch, dass Schulen und Schulträger zur Umwandlung von Schulen zu Gesamtschulen ermutigt werden, wie dies in großen Maßen in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen gelungen ist. An den verbleibenden Ungerechtigkeiten und sozialen Ungleichheiten des 2-säuligen Konkurrenzsystems wird die Politik auf Dauer nicht vorbeigehen können; sie wird vielmehr schrittweise Gymnasium und Gesamtschule integrieren.

### **Insgesamt ist das 2-säulige Konkurrenzsystem ein bedeutender Schritt auf dem Wege zur gemeinsamen Schule für alle.**

Fußnoten: .....

<sup>1</sup> Da für Schulen des gemeinsamen Lernens in Deutschland 9 verschiedene Bezeichnungen bestehen, die in Bundesländern teilweise noch andere Schulformen bedeuten, wird einheitlich die Bezeichnung Gesamtschule für die Schulen des gemeinsamen Lernens gewählt.

<sup>2</sup> Eine detaillierte historisch und theoretisch fundierte Einschätzung der Bildungsbenachteiligung am Übergang in die Sekundarstufe I siehe: Carle, Ursula; Ogradowski, Jana (2021): Übergänge ressourcenorientiert gestalten: Von der Grundschule in die weiterführende Schule. Reihe: Kinder Stärken, Bd. 10. Stuttgart: Kohlhammer (im Erscheinen)